

Berliner Börsen-Beitung.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach. Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn...

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahlslisten der Preussischen Klassen-Polizei...

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 80 Pf. Restamtzeit 1 Mt.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Verantwortlicher: Amt I, Nr. 243.

Vom Tage.

Die Nacht „Hohenzollern“ traf gestern in Korfu ein. Nach der Begrüßung durch die griechische Königsfamilie begaben sich die Majestäten unter förmlichen Obvationen des Volkes nach dem Achilleion. Fürst und Fürstin von Bälwo sind gestern abend um 10 30 nach Italien abgefahren.

14 000 to. Dagegen hat im Jahre 1907 eine Anzahl von Stapelläufen stattgefunden, durch welche der Flotte im Laufe dieses und des nächsten Jahres abermals ein ansehnlicher Zuwachs zugeführt wird. Es sind dies das Schlachtschiff „Mik“, das noch in diesem Jahre fertig werden soll, ferner die beiden Panzerkreuzer „Kurama“ und „Jubok“, mit deren Ablieferung für 1909 gerechnet wird...

wobon 12 Millionen Mark auf das Marinebudget für 1908/09 entfallen. Dieses bleibt dann immer noch in der Höhe von 105 Millionen Mark bestehen. Damit ist auch das neue Flottengesetz, das wir vorhin erwähnten, nicht etwa ausgegeben, der Endtermin ist nur mehrere Jahre hinausgeschoben worden. Was aber ausfallen an diesen Nachrichten ist, das ist, daß gleichzeitig verbreitet wird, das Flottengesetz von 1907 sei wesentlich erweitert worden, denn es sollten 4 Linienschiffe von 20 800 to und 20 km Fahrgeschwindigkeit, 5 Panzerkreuzer von 18 500 to und 25 km, 2 Auffklärungsschiffe von 4800 to und 26 km und 4 Zerstörer von 890 to und 26 km gebaut werden.

Die Seestreitkräfte der Japaner.

Es fällt auf, daß mit dem allmählichen Heranrücken der atlantischen Flotte der Vereinigten Staaten unter Admiral Evans nach dem ersten großen Marschziel San Francisco, eine Unruhe in den militärischen Kreisen Japans sich bemerkbar macht, die für die Außenwelt, bis jetzt wenigstens, nicht erkennbar war. Sogar von dem Entschenden eines Geschwaders in die Philippinen-Inseln ist bereits die Rede. Die japanische Marine hat seit dem siegreichen Kriege mit Rußland nicht stillgestanden. Im Gegenteil ist sie fortgesetzt tätig gewesen, durch Verstärkungen im Auslande und bei der eigenen Industrie ihren Schiffsbestand zu vermehren.

Sehr schwer ist es, sich ein zuverlässiges Bild von der Weiterentwicklung der japanischen Marine d. h. von den Bauprogrammen zu machen, die entweder vom Parlament bereits angenommen sind oder erst in den Entwürfen vorliegen. Der Grund für diese Unsicherheit in den Nachrichten liegt einmal darin, daß die Japaner nach wie vor alle militärischen Mitteilungen so geheim wie nur irgend denkbar halten und es ganz genau sehen, wenn möglich viel widersprechende Angaben verbreitet werden. Auf der anderen Seite macht aber auch die Finanzlage des Landes manchen Strich durch die Regierungsvorschläge und daher kommt es wohl auch, daß die Verwirklichung mancher Pläne des Marineministers, deren Annahme so gut wie sicher schien und die auch schon bekannt gegeben wurden, hinausgeschoben werden muß; dadurch wird naturgemäß die Genauigkeit der Berichterstattung erschwert.

Telegramme.

Königsberg i. Pr., 10. April. (G. T. C.) Der heute hier tagende Aufsichtsrat der Ostpreussischen Landgesellschaft nahm bezüglich der Kolonisations- und Landarbeiterfrage eine Resolution an, in der die energische Fortführung der bäuerlichen Ansiedlung als unbedingt erforderlich bezeichnet wird. In den neu zu schaffenden Gemeinden sei wie bisher eine Abstufung verschiedener ländlicher Besitzgrößen vorzusehen und dabei auf die Schaffung einer tüchtig großen Anzahl von Arbeitern Bedacht zu nehmen. Eine umfangreiche Arbeiterkolonisation sei für Ostpreußen ein brennendes Bedürfnis. Eine solche Arbeiterkolonisation könne bei der Verschleidenheit der Verhältnisse nicht von einer Zentralstelle aus erfolgen. Die geeignete Instanz dafür schienen die Kreisorganisationen zu sein. Um ein einheitliches Verfahren zu erzielen und die aus Unkenntnis der anderswo gemachten Erfahrungen vorgekommenen Mißgriffe zu vermeiden, sei es aber notwendig, für technische und finanzielle Fragen diese Kreisorganisationen einer Zentralstelle anzuschließen. Um die gekennzeichneten Aufgaben in vollem Maße erfüllen zu können, sei es erwünscht, daß namentlich kommunale und wirtschaftliche Verbände Ostpreußens und Preußens sich in erhöhtem Maße an der Arbeit der Landgesellschaft unter ihrer entsprechenden Ausgestaltung beteiligten. Hierzu hege die Gesellschaft die Hoffnung, daß der Oberpräsident als Vertreter der Staatsregierung baldigt in Verhandlungen mit den genannten Verbänden über die Beteiligung an der Landgesellschaft treten könne.